

14. Dezember 2016

## **Haushaltsdebatte - Wissenschaft**

Jörn Kruse

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Sehr geehrte Damen und Herren,

Die "deutsche Universität" hat gegen Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts Weltruhm erlangt -- und zwar nicht nur wegen der vielen Nobelpreisträger, mit denen das dokumentiert wurde.

Ein ganz wesentlicher Grund war die Reformkonzeption Wilhelm von Humboldts, die die "Einheit von Forschung und Lehre" postuliert. Dies ist damals an den deutschen Universitäten mit Erfolg umgesetzt worden und war dann das Vorbild für gerade die Universitäten in den USA, die später zu den besten der Welt wurden.

In Deutschland haben wir zwar immer noch die "Einheit von Forschung und Lehre", die Qualitätswirkungen für die Lehre sind jedoch, beginnend mit den 60-er-Jahren, durch das Phänomen der Massen-Universität immer mehr nach unten gedrückt worden. Das gilt auch für die Universität Hamburg.

Je mehr Studenten man den Hochschulen aufbürdet, ohne die Kapazitäten bzgl. Professoren, Assistenten, Sachmittel und Räume aufzustocken, desto schlechter wird die Ausbildung. Keiner, der schon einmal eine Universität von innen gesehen hat, wird diesen Zusammenhang leugnen können.

Zu "Studiengebühren" kann man verschiedene Meinungen haben. Der Senat rühmt sich für seine Abschaffung. Ich will dieses Fass hier nicht aufmachen. Aber einen bedeutsamen positiven Effekt bringen Studiengebühren -- die natürlich immer verbunden sein müssen mit einer Aufstockung der Stipendien um die Summe der Erlöse aus Studiengebühren -- immer mit sich: Sie entfalten Lenkungswirkung bezüglich der Qualität der Lehre und der Uni insgesamt.

Wenn ein/e Student/in zahlen muss, wird er/sie sich überlegen, wo er/sie ein gutes Produkt bekommt und wo nicht. Das gilt selbst für einen fast symbolisch niedrigen Betrag von 500 Euro pro Semester. Das haben schon die ersten Erfahrungen deutlich gezeigt, obwohl der überwiegende Teil der Lenkungs- und vor allem der Anreizwirkungen für die Hochschulen sich erst mittel- und längerfristig entfalten könnten. Aber da waren sie ja schon wieder abgeschafft.

Wenn man gehässig wäre, könnte man vermuten, dass die Studiengebühren in Hamburg wieder abgeschafft wurden, weil der Senat die Lenkungswirkung gefürchtet hat, die eine "schlechte Qualität durch Überfüllung" mit sich bringen würde.

Deshalb fordern wir: Erhöhen Sie die Grundfinanzierung der Hamburger Hochschulen, wie wir das in unserem Antrag schreiben, und sagen Sie den Hochschulen, dass sie die Ausbildungs-Qualität regelmäßig messen lassen werden. Dann werden die Hochschulen schon das Richtige tun -- und jede Million ist gut angelegt.

Bei der Forschung ist die Situation etwas komplizierter. Dies gilt nicht nur deshalb, weil die Finanzierungsstrukturen viel heterogener sind. Das Geld kommt häufig aus vielen unterschiedlichen Töpfen. Und ich will auch nicht sagen, dass bezüglich Forschungsinstituten in Hamburg alles schlecht ist.

Dennoch gilt auch hier, dass deutlich mehr Mittel einen hohen zusätzlichen Ertrag für Hamburg bringen würden, und zwar durch mittelfristig mehr Arbeitsplätze und Steuereinnahmen und schon kürzerfristig durch eine besondere Sichtbarkeit des Forschungs-Standortes Hamburg. Vorausgesetzt, man beforscht die richtigen Themen. Welche sind das?

Da ja die meisten Messen schon gesungen sind, bevor ein Zukunfts-Thema bei den Politikern ankommt, sollte man die Perspektiven systematisch exogen evaluieren lassen. Wir haben dazu in unserem Antrag zum Einzelplan 7a "Wirtschaft und Innovation" einen Vorschlag gemacht, den ich Ihnen anempfehlen würde.

Aber ich will hier auch zwei konkrete Vorschläge machen bzw. sie Ihnen in Erinnerung rufen.

### **1. Forschungsinstitut für Datensicherheit**

Die mangelnde Datensicherheit ist ein Problem, das laufend größer wird. Um das zu leugnen, muss man schon ziemlich ignorant sein. Ich habe gestern bei der Generaldebatte schon drei Beispiele erwähnt, nämlich Deutsche Telekom, US-Wahlkampf und Deutscher Bundestag.

Mangelnde Datensicherheit betrifft, nicht nur, aber insbesondere

- \* die Daten der einzelnen Bürger,
- \* die Daten von wettbewerblichen Unternehmen, die durch Ausspähung bedroht sind,
- \* die Daten der staatlichen und privaten Infrastrukturen z.B. bei Verkehr, Telekommunikation und Energieversorgung,
- \* die Daten aller Institutionen, die mit der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung betraut sind.
- \* Hinzufügen kann man noch, aus gegebenem Anlass, demokratische Wahlen.

Datensicherheit ist ein Zukunftsthema. Genau deshalb hat die AfD-Fraktion vor einem Jahr ein "Forschungsinstitut für Datensicherheit" vorgeschlagen.

Dies kann durch ein An-Institut an der Universität Hamburg oder an der Technischen Universität Hamburg-Harburg realisiert werden.

Daraufhin hat der SPD-Redner, Herr Dr. Tode, das abgelehnt mit der Begründung, wir hätten ja schon 20 Studiengänge in Informatik. Ja, Herr Tode, gerade deshalb ist Hamburg ein idealer Standort für ein solches "Forschungsinstitut für Datensicherheit", weil dafür schon viel einschlägige Kompetenz als Basis vorhanden ist, die man fokussieren und ausbauen kann.

Ich glaube, niemand kann ernsthaft leugnen, dass der Antrag "Forschungsinstitut für Datensicherheit" sinnvoll und bitter notwendig war. Er hatte nur einen Fehler: Er war von der AfD-Fraktion eingebracht. Deshalb wurde er nicht einmal in den zuständigen Ausschuss überwiesen. Das kennen wir inzwischen und reagieren darauf mit Langmut. Schade für den Datenschutz.

Das zweite Beispiel bezieht sich auch auf einen konkreten Vorschlag, den wir gemacht haben, nämlich das

## **2. Forschungsinstitut für vergleichende Kulturforschung und Integration**

Die große Zahl von Zuwanderern aus gänzlich anderen Kulturkreisen ist eines der gravierendsten Probleme für Deutschland und ganz Europa. Und das wird auch die nächsten Jahrzehnte noch so bleiben. Viele von diesen sind auf eine Weise sozialisiert worden und von Werten und religiösen Vorstellungen geleitet, die für eine gewünschte Integration erhebliche Probleme mit sich bringen.

In mindestens zwei Bereichen sind deshalb wesentliche Erkenntnisfortschritte und Lernprozesse unbedingt erforderlich:

1. Wir, insb. alle Entscheidungsträger, sprich Politiker, müssen verstehen, wie (und wie anders) die Migranten sozialisiert worden sind. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass eine Integration gelingen kann.
2. Die Zuwanderer aus gänzlich anderen Kulturkreisen, die meistens über eine nach unseren Maßstäben ganz unterdurchschnittliche Bildung verfügen, müssen verstehen, wie unsere Gesellschaft "tickt". Viele müssen erst verstehen, dass wir Religionsfreiheit haben. Aber dass die Religion Privatsache ist und die Freiheit des einen dort endet, wo die Freiheit des anderen anfängt. Und dass es bewährte Gesetze und Regeln gibt, die nicht verhandelbar sind.

Die Analyse und die Umsetzungs-Möglichkeiten in einem eigenen wissenschaftlichen Institut zu erforschen, das ist mehr als lohnend und notwendig. Der gesellschaftspolitische Ertrag wäre riesig.

Ich erinnere mich noch gut an die Debatte zu unserem Vorschlag. Einige, z.B. Herr Hamann von CDU, haben gleich hysterisch reagiert, ohne dass sie

überhaupt verstanden haben, was da im Antrag steht. Einige haben sich verhalten, als hätte gerade der Leibhaftige (wie man in Bayern sagen würde) für die AfD am Rednerpult gestanden. Ich versuche jetzt, mir Herrn Dr. Baumann als Teufel vorzustellen, mit Hörnern, Pferdefuß und Dreizack.

Es wird niemand ernsthaft bestreiten können, dass der AfD-Antrag hochgradig sinnvoll und lohnend war. Dass sie ihn damals abgelehnt haben, können Sie jetzt korrieren, in dem Sie unseren Antrag heute annehmen.

Zum Schluss habe ich zum Thema Wissenschaft noch einen persönlichen Rat für Herrn Dr. Tjarks: Gehen Sie doch mal für ein paar Monate an die Uni und sehen sich an, wie Leute arbeiten, die einen Sachverhalt wirklich professionell ergründen und verstehen wollen. Dann würden Sie vielleicht nicht solche populistischen Fensterreden zu halten wie sie das gestern hier getan haben. Da habe ich immer gedacht: Okay, bei Herrn Tjarks ist das Postfaktische auch angekommen. Auch zum Fachgebiet habe ich einen Vorschlag: Gehen Sie zur Psychologie. Da kann man vielleicht lernen, wie Menschen zur Frustrbewältigung reagieren. Das ist manchmal für Politiker hilfreich, wenn sie Wahlergebnisse zu verdauen haben.